

A stylized world map composed of a grid of dots in various shades of gray, with several dots highlighted in red to represent specific countries.

Die Wahrnehmung der Euro- und Finanzkrise aus polnischer Sicht

RAFAŁ WOŚ
November 2011

- Polen konnte als einziges EU-Land in der Wirtschaftskrise nach 2008 positive Wachstumsraten beibehalten. Der Finanzsektor erwies sich als robust, der relativ geringe Grad der Verflechtung mit den westlichen Finanzmärkten als Vorteil.
- Die Tatsache, dass sich Polen dank eigener Reformen und Anstrengungen zu einem ökonomisch und politisch relevanten EU-Akteur entwickelt hat, prägt die Wahrnehmung der Griechenland- und Euro-Krise in der Öffentlichkeit. Diese ist von wenig Empathie für die »Südländer« geprägt.
- Die Wahrnehmung des Euro und der EU hat sich in der Krise verändert. Weder die öffentliche Meinung noch die Funktionseliten betrachten im Moment einen Euro-Beitritt des Landes als opportun. Gleichzeitig schwindet der Optimismus, dass Polen durch eine zweite Krisenwelle ebenso unbeschadet kommen würde wie durch die erste Krisenwelle 2008/2009.

Die Polen glaubten lange, dass sie im Gegensatz zum übrigen von der Krise geschüttelten Europa eine »Insel der Stabilität« seien. Doch heute, drei Jahre nach dem Zusammenbruch von *Lehman Brothers* und anderthalb Jahre nach den ersten Signalen für die existenziellen Probleme der Eurozone, wird allmählich deutlich, dass der größte ökonomische Schock in der Nachkriegsgeschichte der westlichen Welt auch Polen mehr betrifft als seine politischen und publizistischen Eliten zugeben möchten.

Die Änderungen sind in vielen Bereichen mit bloßem Auge zu erkennen. Anfang Oktober veröffentlichte das Meinungsforschungsinstitut *Nielsen* seinen neuesten Bericht über das Befinden der polnischen Verbraucher. An der Umfrage lässt sich die Befürchtung der Polen ablesen, dass die seit einigen Monaten angekündigte zweite Welle der Wirtschaftskrise sie diesmal nicht verschonen wird. Die Unterschiede werden besonders deutlich, wenn man die jüngsten Ergebnisse mit ähnlichen Untersuchungen aus den Jahren 2008 bzw. 2009 vergleicht. Damals, als die erste Welle der Rezession oder der Angst vor derselben den Westen überrollte, galten die polnischen Verbraucher als die entspanntesten in ganz Europa. Während damals acht von zehn Franzosen oder Spaniern Symptome für eine wirtschaftliche Stagnation erkannten, war kaum jeder dritte Bewohner des Landes an der Weichsel dieser Meinung. Heute haben die Polen bezüglich der Rezessionsstimmung mit dem europäischen Hauptfeld gleichgezogen. Nur sieben Prozent der Polen glauben beispielsweise, dass es Europa und der Welt binnen der kommenden zwölf Monate gelingen wird, auf den Weg des wirtschaftlichen Wachstums zurückzukehren.

Ein weiterer Beweis dafür, dass die Krise in das Bewusstsein der Polen vorgedrungen ist, sind die neuesten Umfragen zur Haltung gegenüber einer polnischen Mitgliedschaft in der Eurozone. Bis zum Ausbruch der Finanzkrise im Herbst 2008 waren die Polen bezüglich der Frage, ob der Zloty durch die einheitliche Eurowährung ersetzt werden sollte, gespalten. Eine Studie des Zentralen Meinungsforschungszentrums (CBOS) aus dem Jahr 2007 zeigt, dass damals 44 Prozent der Polen die Einführung des Euro befürworteten und 46 Prozent der Befragten dagegen waren. In dem Maße, wie die Krise voranschritt ließen sich in dieser Frage neue Trends beobachten. Als das CBOS im März 2011 dieselbe Frage stellte, war die Akzeptanz einer Euroeinführung auf 32 Prozent gesun-

ken, während 60 Prozent der Befragten entschlossen waren, mit »Nein« gegen den Euro zu stimmen.

Der Finanzsektor bleibt in der Krise stabil

Beide oben dargestellten Meinungstrends sind nur fragmentarische Effekte der derzeitigen Krise. Um sie systematischer zu analysieren, muss man zu den Anfängen der Finanzkrise im Herbst 2008 zurückkehren. Die polnische Öffentlichkeit beschäftigte sich damals genau wie andere Länder des Westens intensiv mit der unsicheren Zukunft der Weltwirtschaft. Die erste, sehr reale Angst war die Furcht vor einem Zusammenbruch des Bankensystems. Die polnischen Kommentatoren, die beobachteten, wie die Regierungen in den USA, Großbritannien, Deutschland und Frankreich immer mehr Banken retteten, waren davon überzeugt, dass dieselben Stabilisierungsmaßnahmen an der Weichsel aufgrund beschränkter öffentlicher Mittel nicht durchführbar sein würden. Aus diesem Grund riefen die Meldungen aus Ungarn, Rumänien oder Lettland, wo die Regierungen auf Drängen der Wirtschafts- und Bankenlobby den Internationalen Währungsfonds (IWF) und die Europäische Union (EU) um Antikrisenanleihen ersuchten, umso größeres Entsetzen hervor. Viele Polen hatten noch die drastische Währungskrise der 1990er Jahre im Hinterkopf. Damals waren ihre Ersparnisse von der Inflation einfach aufgefressen worden, denn das Bankensystem war zu schwach gewesen, um den drastischen Wertverlust des Zloty zu verhindern. Zur Jahreswende 2008/2009 kam es jedoch nicht zu einer Bankenpanik. Die wohlhabenderen Polen verteilten ihre Ersparnisse auf den Banken einfach so, dass sie vom Bankengarantiefonds, der im Herbst 2008 aufgestockt worden war, abgedeckt wurden. Zur Stabilisierung der Lage trug darüber hinaus die stabile Regierungskoalition aus der Bürgerplattform (PO) und der Polnischen Bauernpartei (PSL) bei, die nach den Wahlen im Herbst 2007 ein starkes demokratisches Mandat besaß und großes Vertrauen genoss. Ebenfalls von Bedeutung war, dass die Wirtschaft Polens sich im Herbst 2008 in einem konjunkturellen Aufschwung befand und sich seit Beginn des Jahrzehnts in raschem Tempo entwickelte. Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) stieg jährlich um vier bis sechs Prozent und die Arbeitslosigkeit sank im Oktober 2008 auf ein seit Beginn der Systemtransformation nie dagewesenes Niveau von 8,8 Prozent.

Letztendlich stellte sich heraus, dass das polnische Bankensystem – glücklicherweise – nur geringfügig mit den westlichen Finanzmärkten verflochten war. Als gelungene politische Maßnahme, die noch vor der Krise von der Regierung der Partei Recht und Gerechtigkeit (PiS) getroffen worden war, erwies sich zudem die Gründung einer unabhängigen Finanzaufsichtsbehörde unter Leitung des jungen Wirtschaftswissenschaftlers Stanisław Kluza. All das bewirkte, dass die amerikanisch-europäische Bankenkrise der Jahre 2008 und 2009 Polen nicht erreichte. Mehr noch: Die polnischen Banken, die sich im Besitz ausländischer Mehrheitseigner befanden, wurden für ihre in Schwierigkeiten geratenen Mutterkonzerne nicht selten zu den einzigen Gewinn bringenden Tochterunternehmen. Eine solche Rolle spielte zum Beispiel die zu der irischen *Allied Irish Banks (AIB)* gehörende *Bank Zachodni WBK S.A.* (BZ WBK), welche die Iren der spanischen *Santander* verkauften, um ihr Budget zu retten, oder auch die der griechischen *EFG-Eurobank* gehörende *Polbank*, welche die österreichische *Raiffeisenbank* vor Kurzem übernommen hat.

Die »grüne Insel« Polen

Die Ruhe im Finanzsektor bedeutete aber keineswegs, dass die Rezessionsspirale, die seit Anfang 2009 auf den alten Kontinent vorzudringen begann, an Polens Realwirtschaft spurlos vorüberging. Seinerzeit erschien eine Konjunkturkrise umso wahrscheinlicher, als das polnische BIP durch die polnische Außenhandelsstruktur eng an Wirtschaftsentwicklungen in Deutschland gekoppelt ist. Jenseits der Oder aber grassierte die Krise nachhaltig und zog in den ersten zwei Quartalen 2009 einen vier- bis fünfprozentigen Rückgang des BIP nach sich. In anderen EU-Volkswirtschaften war es noch schlimmer. In Lettland etwa verringerte sich das BIP im ersten Halbjahr um beispiellose 18 Prozent. Mit einer Ausnahme schrumpften Produktion und Verbrauch in der ganzen Union: Diese Ausnahme war Polen, dessen Wirtschaft Eurostat zufolge im ersten Halbjahr einen Zuwachs von 1,9 Prozent und im zweiten Halbjahr von 1,1 Prozent zu verzeichnen hatte. Polen war das einzige Land, das der Rezession des Jahres 2009 zu entkommen vermochte. Da die Medienberichte über die Änderungen des BIP im Allgemeinen durch Europakarten illustriert wurden, auf denen die Länder in der Rezession rot und die Länder, die ein Wachstum aufwiesen (de facto nur Polen), grün

markiert waren, setzte es sich rasch durch, das Land an der Weichsel als »neue grüne Insel in Europa« zu bezeichnen. Diese Bezeichnung hatte in der polnischen Debatte eine besondere Konnotation. Die »grüne Insel« ist auch in Polen eine der Bezeichnungen für Irland, das nach dem Beitritt zur EU über die gesamten 1980er und 1990er Jahre hinweg ein kontinuierliches und rasches Wirtschaftswachstum zu verzeichnen hatte. Für Polen, das eine schmerzhaft Transformation durchmachte, war Irland zu einem idealen Vorbild geworden. So führte die »Auszeichnung« Polens zur »grünen Insel des Jahres 2009« dazu, diese Komplexe zu reduzieren und gab Anlass zu der Hoffnung, dass Polen an der Schwelle zu einer neuen Periode des Wohlstands und der Modernisierung stand.

Warum konnte Polen im Jahr 2009 sein Wachstum beibehalten? Wirtschaftswissenschaftler führen als Erklärung meist drei Faktoren an:

- Erstens die Konjunkturphase, also das seit Beginn des Jahrzehnts anhaltende Wirtschaftswachstum, welches in den schmerzhaften Reformen der 1990er Jahre und der Tatsache begründet lag, dass sich Polen nach seinem EU-Beitritt 2004 neue Märkte eröffnet hatte;
- zweitens stimulierte der stetige Zufluss von EU-Mitteln die polnische Wirtschaft – nach einigen Jahren hatte Polen schließlich gelernt, diese Mittel auch zu nutzen;
- und drittens ermöglichte die Größe des polnischen Binnenmarkts und das hohe Niveau der Inlandsconsumtion dem Land, die Konjunkturflaute und die zeitweilige Verschlechterung des Exports nach Deutschland oder Skandinavien zu überstehen.

Es nimmt nicht wunder, dass die seit 2007 regierende Koalition aus PO und PSL sich das Narrativ von der »grünen Insel« geschickt zunutze machte. 2009 erreichte die Popularität, die Premier Donald Tusk in den westlichen Medien ohnehin genoss (er wurde hier gewöhnlich als Gegengewicht zu dem unbeliebten und unverstandenen Jarosław Kaczyński dargestellt), ihren Höhepunkt. In der westeuropäischen Publizistik begann sich die These von der neuen Phase der EU-Mitgliedschaft Polens durchzusetzen. Das Land sei von den Komplexen der ersten EU-Phase geheilt und im Begriff, dank seiner wirtschaftlichen Erfolge zu den bedeutendsten EU-Akteuren auf-

zuschließen. In den wichtigsten westlichen Printmedien vom deutschen *Spiegel* bis zur britischen *Financial Times* erschienen Artikel, die eine dynamische und gut geführte polnische Wirtschaft präsentierten. Wie der polnische EU-Kommissar für Finanzplanung und Haushalt Janusz Lewandowski in einem Gespräch mit dem Verfasser dieser Analyse bemerkte, »hatte Polen seit den revolutionären Zeiten der *Solidarność* keine so gute PR mehr gehabt«. Der publizistische Polentrend aus den Jahren 2009 und 2010 übte einen enormen Einfluss auf die Stimmung in Polen aus. Denn natürlich registrierte die Öffentlichkeit an der Weichsel, dass der *Spiegel* oder die *Financial Times* Polen als positives Beispiel präsentierten. Dies trug nachhaltig dazu bei, dass die Krise in Polen weniger mit Bedrohung und Untergang assoziiert, sondern vielmehr als Chance gesehen wurde und dem Glauben an die Zukunft und die eigenen Kräfte Auftrieb gab. Als Beweis für diesen kurzzeitigen »Rausch« können die Studien zur Einstellung gegenüber dem Euro gelten: 2009 erklärten 52 Prozent der Polen, sie hätten eine positive Einstellung zum Euro, während nur 38 Prozent sich eindeutig gegen ihn aussprachen. Die Polen spürten zum ersten Mal, dass sie sich aus der Rolle eines Bittstellers in der EU befreien und mit den europäischen Partnern auf Augenhöhe kommunizieren konnten.

Wenig Mitleid mit den Griechen

Eine gewisse Modifikation in der Einstellung zur Krise erfolgte erst mit dem Beginn der Schuldenprobleme Griechenlands im Frühjahr 2010, dem sich bald darauf weitere Länder der Eurozone zugesellten. Dabei hatte man zu keiner Zeit den Eindruck, dass die Polen Griechenlands Schwierigkeiten mit besonderer Empathie wahrgenommen hätten. Im Gegensatz beispielsweise zu Deutschland, wo die öffentliche Diskussion um die Rettung Griechenlands nicht nur Fiskalcharakter hatte, sondern auch die Frage der Zukunft des politischen Projekts der europäischen Integration berührte, dominierte in der polnischen Debatte von vorneherein ein Gefühl der *splendid isolation* (verbunden mit dem beschriebenen Mythos von der »grünen Insel«). Begleitet wurde dies von einer immer weniger versteckten Ungeduld und der Überzeugung, dass es höchste Zeit sei, der alten EU endlich einmal einen Denkkzettel zu verpassen. Im Zusammenhang mit der Diskussion über die Rettung Griechenlands wurde nicht nur an die Erfahrungen Po-

lens von vor zwanzig Jahren erinnert (eine Periode der harten Systemtransformation und der Umschuldung), sondern auch an die Erfahrungen Lettlands, das ebenfalls einen vollständigen finanziellen Kollaps erlitten hatte. Lettland, ebenfalls EU-Mitglied, musste die Zähne zusammenbeißen, den Gürtel enger schnallen und hat es geschafft – und zwar fast ohne Hilfe aus dem Ausland. »Also ist es womöglich eine Frage des Klimas, dass die Menschen im Norden vielleicht eher befähigt sind, Opfer zu bringen, Beschränkungen auf sich zu nehmen und die Notwendigkeit einzusehen, dass sie Verzicht leisten müssen, während die Menschen im Süden weniger dazu in der Lage sind«, sagte der polnische Präsident Bronisław Komorowski Ende Oktober 2011. Dieses Zitat spiegelt die unterschwellige Einstellung nicht nur Polens, sondern der gesamten nachtransformatorischen Region Europas zur europäischen Schuldenkrise gut wider. In diesem Sinne unterscheiden sich die Argumente, die in der polnischen öffentlichen Debatte fallen, kaum von denen der Slowakei, die sich lange weigerte, sich am Rettungsschirm für Griechenland zu beteiligen. Man kann mit hoher Wahrscheinlichkeit davon ausgehen, dass Polen, wäre es Mitglied der Eurozone, sich in der Zeit analoger Entscheidungsfindungen sehr ähnlich verhielte wie die Regierung von Iveta Radičová in Bratislava.

Die Krise verändert die Einstellung zum Euro

Das Gefühl von *splendid isolation* und »Schadenfreude«, das ein Teil der polnischen Eliten präsentierte (bzw. weiterhin präsentiert), ändert sich allerdings allmählich. Auch wenn die am meisten verschuldeten Länder des Südens nicht unbedingt Polens Handelspartner sind, so wurde in der letzten Zeit dennoch immer offensichtlicher, dass die sich vertiefende Schuldenkrise zumindest indirekt auch den »Weichseltiger« trifft. Denn die Krise verändert die EU, die wiederum der Schlüssel zum polnischen Wohlstand ist. Eine Veränderung in der polnischen Befindlichkeit betrifft die bereits erwähnte Frage bezüglich der Mitgliedschaft in der Eurozone. Die in den Meinungsumfragen von 2009 noch sichtbare Unterstützung der Polen für die Mitgliedschaft in der Währungsunion begann 2010 zu erodieren. Für den Beitritt zum Euro optierten damals nur noch 41 Prozent der Befragten. Seither ist die Anhängerschaft für einen Beitritt um weitere zehn Prozent geschrumpft. Allmählich



änderten sich auch die Argumente in der internen Eurodebatte. Vor dem Ausbruch der Schuldenkrise schien der Euro die natürliche Richtung zu sein, in die Polen strebte. »Der Weg zum Euro ist der Weg, der in gewisser Hinsicht unausweichlich ist«, sagte schon im Jahr 2008 Präsident Lech Kaczyński, der immerhin zum Lager der Euroskeptiker gehörte. Noch im Februar 2010 verkündete Premier Tusk, dass Änderungen in die Verfassung eingeführt würden (hierbei geht es hauptsächlich um die systempolitische Stellung der Zentralbank), welche eine schmerzfreie Annahme der Unionswährung ermöglichen würden. »Nicht 2012, aber 2015, das ist ein realistisches Datum«, so der polnische Regierungschef in einem Gespräch mit dem französischen Fernsehsender *France 24* im Dezember 2009. Als jedoch im Frühjahr 2010 die griechische Schuldenkrise eskalierte, begannen die ersten Politiker, den vorherigen Konsens in Zweifel zu ziehen. »Vorerst müssen wir beobachten, was im Süden Europas vor sich geht, auf das Thema Euro kommen wir später zurück«, erklärte Donald Tusk im Oktober 2011. Und Jarosław Kaczyński, der Bruder des bereits zitierten Präsidenten Lech Kaczyński, verunsicherte die Polen im Wahlkampf 2010 (zu den vorgezogenen Präsidentschaftswahlen nach dem Flugzeugunglück von Smolensk) damit, dass ein durchschnittlicher Altersversorgungsempfänger nach dem Umtausch des Zloty in Euro monatlich 240,00 Zloty verliere. Seine Partei PiS, die größte Gruppierung der polnischen Opposition, steht heute auf dem Standpunkt, dass Polen den Euro einführen kann, wenn die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit des Landes den Unionsdurchschnitt erreicht habe. Darauf aber müsse man zwanzig bis dreißig Jahre warten.

Auch die Debatte der Experten wird inzwischen in einem anderen Ton geführt. Anfänglich erinnerten sie daran, dass Polen durch die Beitrittsverträge dazu verpflichtet ist, der Eurozone beizutreten. Sobald die Konvergenzkriterien erfüllt sind, muss der Beitritt zur Eurozone sozusagen automatisch erfolgen. Heute wird anders über den Euro gesprochen. »Polen muss in den nächsten Jahren regelrecht aufpassen, die Konvergenzkriterien nicht »zufällig« zu erfüllen«, erklärte ein führender Wirtschaftswissenschaftler einer großen polnischen Bank im Dezember 2010 in einem privaten Gespräch. Der neue Ton war auch in der jüngsten Rede des Präsidenten der polnischen Nationalbank NBP, des ehemaligen Finanzministers und Ministerpräsidenten Marek Belka zu spüren. Er erklärte auf einer der Finanztagungen, dass

die Debatte über die Erfüllung der Konvergenzbedingungen durch Polen insofern sinnlos sei, als die andere Seite – also die Eurozone – derzeit ihr grundlegendes Kriterium, das heißt die Stabilität, nicht erfülle. Angesichts dessen hat das schlagkräftigste Argument für die Einführung des Euro heute keinen ökonomischen, sondern politischen Charakter. »Die Eurozone erfindet sich vor unseren Augen neu. Die wichtigsten Entscheidungen werden im Kreis der Staaten, die die gemeinsame Währung haben, getroffen, und dieser Prozess wird sich weiter vertiefen. Wenn Polen nicht den Einfluss darauf verlieren will, was geschieht, muss es dem Klub beitreten«, sagte Witold Orłowski, ein führender polnischer Wirtschaftswissenschaftler und ökonomischer Berater des ehemaligen Präsidenten Aleksander Kwaśniewski, während einer lebhaften Diskussion über die Folgen des im Frühjahr 2011 verabschiedeten Europakts.

Die soziale Kluft wächst auch in Polen

Die jüngsten Entwicklungen rund um das Thema »Die Polen und die Wirtschaftskrise« deuten darauf hin, dass die Polen aus dem Traum von der »grünen Insel« aufzuwachen und den tatsächlichen Stand der Wirtschaft zu begreifen beginnen. Das positive ausländische Medienecho auf das polnischen Wirtschaftswunder ausnutzend schaffte es Tusk zwar, im Oktober 2011 komfortabel wiedergewählt zu werden. Inzwischen weist das Denkmal jedoch schon erste Risse auf. Dies betrifft zunächst die sozialen Folgen der derzeitigen Krise. Aus der neuesten Sozialen Diagnose für 2011 geht hervor, dass die reichsten zehn Prozent der Gesellschaft vor zwei Jahren rund viermal so hohe Einkünfte zu verzeichnen hatten wie die ärmsten zehn Prozent. Heute beträgt dieser Faktor bereits 4,19. Die Studien belegen auch den Rückgang des Lebensstandards in der Gruppe der ärmsten Polen. Nach Berücksichtigung der Inflation ist das Pro-Kopf-Durchschnittseinkommen in den am wenigsten vermögenden Familien von 638 auf 620 Zloty gesunken. Hinzu kommt eine sich allmählich verschlechternde Situation auf dem Arbeitsmarkt: Seit Beginn der Krise ist die Arbeitslosigkeit von 8,8 Prozent im Oktober 2008 auf 11,8 Prozent im September 2011 gestiegen. Im besagten Zeitraum ist sie sogar vorübergehend auf 13 Prozent hochgeschwungen und zwar zweimal – im Januar 2010 und 2011. Bei dem Versuch, die Arbeitsplätze zu schützen, entschied sich die Regierung, während der



Krise einige kontroverse Ideen einzuführen. So gestattete sie etwa den Arbeitgebern, Arbeitnehmer länger in einem befristeten Arbeitsverhältnis zu beschäftigen, was nur dazu beitrug, das Gefühl fehlender Beschäftigungsstabilität zu vertiefen.

Noch wichtiger als die soziale Frage ist in der öffentlichen Debatte die Frage des Stands der öffentlichen Finanzen. Die wichtigsten Ratingagenturen hatten bereits vor den Wahlen angekündigt, dass die Regierung sich nach dem Erhalt eines neuen demokratischen Mandats energisch daran machen müsse, die öffentliche Verschuldung und das Haushaltsdefizit zu bekämpfen. Andernfalls wird es mit dem Wohlwollen der Märkte für die »grüne Insel« schnell vorbei sein, hat Polen doch während der Krise eine wenig disziplinierte Haushaltspolitik betrieben. Polen schließt das Haushaltsjahr 2011 mit einem Defizit von 7,9 Prozent ab und hat eine öffentliche Verschuldung, die sich gefährlich der in der polnischen Verfassung festgeschriebenen Grenze von 55 Prozent nähert. Trotz immer eindringlicherer Aufforderungen seitens der Experten zauderte die Regierung Tusk lange mit notwendigen Reformen und hielt dagegen, dass Polen im Vergleich mit dem Rest Europas schließlich nicht schlecht

dastünde. Das Kabinett Tusk kündigte schließlich an, das notwendige Reformpaket zu präsentieren, sobald der Prozess der Regierungsbildung nach den Wahlen 2011 abgeschlossen sein würde. Da aber das reformatorische Œuvre der Koalition aus PO und PSL auch bisher ausgeblieben ist, kommt man nicht umhin, ziemlich besorgt in die Zukunft zu blicken. Charakteristisch für die derzeitige Regierung an der Weichsel ist, dass sie kein klares ideelles Profil besitzt. Deshalb lässt sich auch kein eindeutiges Urteil darüber abgeben, in welche Richtung Reformen zielen werden. Sollten sie wirklich kommen, dürften sie wie bisher ein Sammelsurium kaum zueinander passender Maßnahmen sein.

Die polnische Öffentlichkeit steht also beklommener als vor drei Jahren an der Schwelle zum Jahr 2012, welches aller Wahrscheinlichkeit nach für die Weltwirtschaft sehr schwer werden wird. Polen fühlt sich nicht mehr stark genug, um weiterhin blind daran zu glauben, dass die »grüne Insel« die Krise ein zweites Mal ohne Probleme durchstehen wird. Gleichzeitig sieht das Land jeden Tag, mit welcher großer Mühe andere Länder in Europa die Krise zu meistern versuchen. Und es fragt sich, ob es nicht das gleiche Schicksal erwartet.



Über den Autor

Rafał Woś ist Publizist der führenden polnischen Wirtschaftszeitung Gazeta Prawna und Preisträger des diesjährigen Deutsch-Polnischen Journalistenpreises.

Impressum

Friedrich-Ebert-Stiftung
Internationaler Dialog | Referat Mittel- und Osteuropa
Hiroshimastraße 28 | 10785 Berlin | Deutschland

Verantwortlich:
Dr. Ernst Hillebrand, Leiter Referat Mittel- und Osteuropa

Tel.: ++49-30-26935-6 | Fax: ++49-30-26935-9250
<http://www.fes.de/international/moe>

Bestellungen:
info.moe@fes.de

Die in dieser Publikation zum Ausdruck gebrachten Ansichten sind nicht notwendigerweise die der Friedrich-Ebert-Stiftung.



ISBN 978-3-86872-979-5